

Die SPD-Fraktion lehnt die geplante Erhöhung der Steuerhebesätze ab, weil dies in der jetzigen Situation das falsche Zeichen für die Bürgerinnen und Bürger und Gewerbebetriebe ist.

Von Seiten der UWG-Fraktion wird die Hebesatzanpassung ebenfalls in Frage gestellt. Mögliche Einsparpotentiale werden nicht genutzt. Weiterhin ist es fraglich, ob die zusätzlichen Steuereinnahmen tatsächlich generiert werden können, insb. bei der Gewerbesteuer.

Die BfM- und FDP-Fraktionen signalisieren ihre Zustimmung zur Steuererhöhung, da dies die Voraussetzung ist ab 2022 aus dem Haushaltssicherungskonzept zu kommen und den Haushalt mit einer schwarzen Null abschließen zu können.